

Urteil im Strafverfahren wegen Nötigung und Hausfriedensbruch.

Am Montag dieser Woche sah ich im Treppenhaus eine häßlich aussehende Frau in der Begleitung zweier männlichen Kretins, und wußte sofort, daß sie zu mir wollten. Um mich zu vergewissern, fragte ich sie, wohin sie wollen und was sie vorhaben, und sie bestätigten meine ursprüngliche Vermutung, daß sie in meine Wohnung wollten, um einen Gaszähler auszutauschen. Da in meiner Wohnung die Gasheizungsanlage seit mehreren Jahren kaputt ist, worüber ich mehrmals das Amtsgericht Wedding informierte {1}, ist der Zähler immer auf dem gleichen Stand, und daher ihn auszutauschen bringt überhaupt nichts. Davon wußte offensichtlich die Betrügerin, die sich als Gerichtsvollzieherin des Amtsgerichts Wedding vorstellte {2}, nichts. Ich sagte sie, daß niemand meine Wohnung ohne meine Einwilligung betreten darf, und sie mit ihren handwerklichen Einbrechern machen von dieser Regel keine Ausnahme. Zusätzlich gab ich ihnen noch eine Notiz, die ich extra für solche Fälle ausdrückte {3}. Meine Worte und Gesten machten auf meine ungebetene Gäste keinen Eindruck, sie waren einfach nicht imstande zu verstehen, was ich ihnen sage, und drohten mir zuerst, das Schloß der Wohnungstür zu brechen, und weil ich ihnen zu verstehen gab, daß ich solche Handlung nicht zulasse, drohten sie mir, die Polizei zu rufen, um mit ihrer Hilfe ihr Vorhaben durchzusetzen.

Da ich schon wußte, was mich erwartet, klopfte ich an der Wohnungstür der Bewohner des gleichen Hauses, um sie als Zeugen des Geschehens einzuladen, was sie glücklicherweise taten. Nachdem die Polizei gerufen wurde und gekommen war, belehrte ich die Polizeibeamten über meine Rechte, was sie gleichfalls nicht wahrnahmen. Statt mir in dieser Situation einen Beistand zu leisten, beteiligten sie sich wie gewöhnt an der groben Verletzung meiner Rechte. Da ich zu diesem Zeitpunkt anfang, auf die Verbrecher, die vorhatten, in meine Wohnung einzubrechen, zu schreien und sie zu beschimpfen, versuchten die Polizeiverbrecher mich einzuschüchtern, beleidigten mich, fassten mich ohne meine Einwilligung an, obwohl ich sie ausdrücklich aufforderte, solche Handlungen zu unterlassen, drohten mir, meine Handtasche zu durchsuchen, und nötigten mich schließlich, meinen Wohnungstürschlüssel herauszugeben. Da die Polizeiverbrecherin von der Polizeiabschnitt 18 mit der KZ-Dienstnummer 68609 eine Videokamera bei sich hatte, forderte ich sie auf, sie zu benutzen, um das Geschehen zu dokumentieren, was sie tat, nachdem ich sie und ihre Komplizen als „blöde und parasitische Nazihure“ und „mißgebürtigen deutschen Nazidreck“ beschimpfte.

Inzwischen wechselte der Tatort vom Erdgeschoß nach oben, so daß wir alle vor der Tür meiner Wohnung standen. Die Einbrecher öffneten die Tür und die handwerklichen Kretins wechselten den Gaszähler, was ihrerseits unerlaubte Handlungen darstellten, u.a. die Aufnötigung unbestellter Leistungen zwecks Sittenwidriger vorsätzlicher Schädigung und Schikane im Sinne von Paragraphen 226, 241a und 826 BGB, weil die Zwangsvollstreckungsmaßnahmen widerrechtlich angeordnet wurden und daher widerrechtlich waren. Solche scheinrechtlichen Maßnahmen {4} stellen Beschäftigungstherapie für Idioten dar, die von Idioten verordnet und ausgeführt werden,

um dieses vollidiotisches politisches System am Laufen zu halten. Darüber hinaus offenbaren solche Taten schwere Defekte der Intelligenz bei den Tätern, die in der Fachsprache als schizophrene Intelligenzstörung und Oligophrenie bezeichnet werden, was die Täter für jede berufliche Tätigkeit unbrauchbar macht. {5}

Am Ende unserer Begegnung, nachdem ich die Täter über die Unsinnigkeit und die Widerrechtlichkeit ihrer Tätigkeit aufklärte, hatten sie noch beansprucht, ihre Menschenwürde zu achten, offensichtlich unter Einfluß von Artikel 1 ihrer Verfassung, worauf ich erwiderte, daß sie keine Menschen sind, sondern blöder und parasitischer Nazidreck, und das, was sie tun, wiederholt eins zu eins das Geschehen im Hitlerreich, in dem die Intellektuellen wie ich auf die gleiche Weise von Hitlers willigen Vollstreckern mißhandelt wurden {6}. Ihre Nachfahren kommen einfach hier, tun, was sie wollen, und sei es ein völliger Unsinn und die völlige Willkür, entrechteten mich, und behaupten, sie haben Rechte und sind berechtigt, alles tun, was ihnen einfällt. Nachdem sie mich aufnötigten, ihre schwachsinnigen Gereden anzuhören, kann ich nur die Diagnose bestätigen, aufgrund deren ich ihre kriminelle und verbotene Beamtenvereinigung auflöste und über deutsche Bevölkerung eine rechtliche Betreuung anordnete. {7,8}

Weil meine Aussagen zwei Zeugen bestätigen können, und zwar Herr Sadek Ibrahim und Frau C. Karsch, die von dem Anfang bis zum Ende anwesend waren und alles beobachteten, besteht keine Zweifel sowohl an der wahrheitsgetreuen Darstellung der Umstände, die ich hier schilderte, als auch an der Schuld der Täter. Da ich bereits die Gelegenheit hatte, die Übertretung geltender Rechtsnormen und insbesondere grobe Verletzung meiner Rechte u.a. durch die Verletzung meiner körperlichen Unversehrtheit mit Todesstrafe zu belegen, verbiete ich alle Idiotenschulen der BRD, einschließlich Polizeischulen, und verurteile alle deutsche Beamten, einschließlich Kerstin Schöpe, zum Tode sowie ordne die Übergabe ihres Vermögens an die Stiftung für die Errichtung der konstitutionellen Ordnung an. Im Weiteren, verurteile ich zum Tode die Rechtsanwälte der AWS Ahcin Wesel Sittner Partnerschaft mbB, und das Personal der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG. Das Urteil ist rechtens und sofort vollstreckbar. Darüber hinaus wird jede Zugehörigkeit zur kriminellen und verbotenen Vereinigung Beamtenrepublik Deutschland [mit dem Tode geahndet](#).



Dr. Andrej Poleev
Berlin, 10.04.2025

Anmerkungen.

1. A. Poleev. Recht auf Widerstand. Enzymes, 2020. ISBN 9783752997507, 340 Seiten.
<http://enzymes.at/indictments/Widerstand.pdf>

2. Wie sich später herausstellte, handelte es sich um Kerstin Schöpe, Romain-Roland-Straße 137, 13089 Berlin, gvschoepe@gvzentrale.de, Telefon 03098338093, 015739306942, die sich im Auftrag von NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG handelte, vertreten durch Rechtsanwälte AWS Ahcin Wesel Sittner Partnerschaft mbB im Tauentzienstraße 1, 10789 Berlin, Az.E1081/24/jf/EZ1081/24.

3. «Wegen fehlender Voraussetzungen zur Ausübung der Berufe und Ämter entbehrt jede Betätigung mit oder ohne Auftrag mit Bezug auf Gesetze und Verordnungen der aufgelösten Bundesrepublik Deutschland jeder rechtlichen Grundlage, weswegen ich alle Auftraggeber, Beauftragte und Dienstleistende auffordere, ihre Tätigkeit einzustellen. Bis auf weiteres erteile ich die Berechtigung zur Aufnahme jeder Tätigkeit, und ohne meine Erlaubnis sind alle Dienst- oder sonstige Handlungen rechtswidrig.» <https://t.me/fund2017/405>

4. Joe McIntyre. Pareidolic Illusions of Meaning: ChatGPT, Pseudolaw and the Triumph of Form over Substance. arXiv:2503.13556.

5. A. Poleev. Deutsche Krankheit. Enzymes, 2019. ISBN 9783756517169, 105 Seiten.
<http://enzymes.at/download/Schizophrenie.pdf>

6. Daniel Goldhagen. Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. (1996)

7. Auflösung der Bundesrepublik Deutschland und Anordnung einer rechtlichen Betreuung. In: Entnazifizierung. Stiftung für die Errichtung der konstitutionellen Ordnung, 2024.
280 Seiten ISBN: 9783818715908
<http://constitution.fund/letters/Entnazifizierung.pdf>

8. A. Poleev. Beamtenrepublik. Enzymes, 2024. ISBN 9783818738648, 100 Seiten.
<http://enzymes.at/indictments/Beamtenrepublik.pdf>